

Stand: 20.04.2026 06:20:17

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/17274

"Zur Beendigung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan - Zeichen des Dankes und der Wertschätzung"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/17274 vom 20.07.2021
2. Beschluss des Plenums 18/17464 vom 22.07.2021
3. Plenarprotokoll Nr. 90 vom 22.07.2021



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER),**

Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel, Johannes Hintersberger, Petra Guttenberger, Barbara Becker, Wolfgang Fackler, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Franz Rieger, Josef Schmid, Bernhard Seidenath, Karl Straub, Walter Taubeneder und Fraktion (CSU)

Zur Beendigung des Bundeswehreinsetzes in Afghanistan – Zeichen des Dankes und der Wertschätzung

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag spricht allen Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr, die in den letzten 20 Jahren in Afghanistan tätig geworden sind, seinen ausdrücklichen Dank und die tiefe Wertschätzung für ihren Einsatz aus.

Der Landtag begrüßt es, dass das Verteidigungsministerium mit einem großen Appell am 31. August 2021 sämtliche Afghanistan-Soldatinnen und -Soldaten ehren wird.

Weiterhin spricht sich der Landtag dafür aus, den noch im Land befindlichen afghanischen Ortshelferinnen und Ortshelfern schnelle und unbürokratische Hilfe bei der Ausreise zukommen zu lassen, insbesondere, weil sie und ihre Familien aufgrund ihrer Tätigkeit für die Bundeswehr von den erneut vordrängenden Taliban mit dem Tod bedroht werden.

Begründung:

Die internationale Militärmission am Hindukusch begann nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA. Der UN-Sicherheitsrat beschloss daraufhin eine „Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan“ (ISAF). Im Jahr 2014 kam es zum Abschluss des Militäreinsatzes und dem Beginn der Mission „Resolute Support“ zur Unterstützung und Beratung afghanischer Sicherheitskräfte. Nun wird auch dieser Einsatz beendet. Am 14. April 2021 hat der NATO-Rat das Ende der Mission „Resolute Support“ in Afghanistan beschlossen. Damit endet auch für die Bundeswehr nach fast 20 Jahren der Einsatz am Hindukusch. Die Rückverlegung aller Kräfte der NATO-Mission „Resolute Support“ soll nach aktuellem Stand bis zum 11. September 2021 abgeschlossen sein. Die letzten Einheiten der Bundeswehr sind in Deutschland bereits angekommen. Die Bundeswehr war seit 2001 in Afghanistan im Einsatz. Insgesamt leisteten rund 160 000 Soldatinnen und Soldaten Dienst in Afghanistan, dabei verloren 59 deutsche Soldaten ihr Leben, davon 35 bei Gefechten oder Anschlägen. Etliche weitere wurden traumatisiert. Daher ist es richtig und wichtig und vor allem ein Zeichen der

*Die Berichtigung einer offenbaren Unrichtigkeit bezieht sich auf den letzten Satz.

Wertschätzung, den Soldatinnen und Soldaten, die in einem der längsten und anspruchsvollsten Auslandseinsatz tätig waren, unseren ausdrücklichen Dank auszusprechen und dies auch in dem dazu angemessenen Rahmen öffentlich zu begleiten.

Die Bundeswehr wurde bei diesem Einsatz von zahlreichen einheimischen Ortshelferinnen und Ortshelfern in den verschiedensten Bereichen unterstützt. Durch den Abzug der Bundeswehr und den gleichzeitigen Vormarsch der Taliban sind die noch im Land befindlichen Ortshelferinnen und Ortshelfer und ihre Familien in Lebensgefahr, allein aufgrund ihrer Tätigkeit. Hier muss unbürokratisch und schnell eine pragmatische Lösung gefunden werden, um diese Menschen durch zeitnahe Ausreise zu schützen und vor drohenden Übergriffen durch die Taliban zu bewahren.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER),**

Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel, Johannes Hintersberger, Petra Guttenberger, Barbara Becker, Wolfgang Fackler, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Franz Rieger, Josef Schmid, Bernhard Seidenath, Karl Straub, Walter Taubeneder und **Fraktion (CSU)**

Drs. 18/17274

Zur Beendigung des Bundeswehreinsetzes in Afghanistan – Zeichen des Dankes und der Wertschätzung

Der Landtag spricht allen Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr, die in den letzten 20 Jahren in Afghanistan tätig geworden sind, seinen ausdrücklichen Dank und die tiefe Wertschätzung für ihren Einsatz aus.

Der Landtag begrüßt es, dass das Verteidigungsministerium mit einem großen Appell am 31. August 2021 sämtliche Afghanistan-Soldatinnen und -Soldaten ehren wird.

Weiterhin spricht sich der Landtag dafür aus, den noch im Land befindlichen afghanischen Ortshelferinnen und Ortshelfern schnelle und unbürokratische Hilfe bei der Ausreise zukommen zu lassen, insbesondere, weil sie und ihre Familien aufgrund ihrer Tätigkeit für die Bundeswehr von den erneut vordrängenden Taliban mit dem Tod bedroht werden.

Die Präsidentin

I.V.

Dr. Wolfgang Heubisch

VI. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Uli Henkel

Abg. Martin Böhm

Abg. Anne Franke

Abg. Alexandra Hiersemann

Abg. Albert Duin

Abg. Wolfgang Fackler

Staatsminister Joachim Herrmann

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 57** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und Fraktion (CSU)

Zur Beendigung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan - Zeichen des Dankes und der Wertschätzung ([Drs. 18/17274](#))

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Franz Bergmüller, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)

Ende des Afghanistaneinsatzes der Bundeswehr - Wertschätzung sichtbar machen ([Drs. 18/17449](#))

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Ich erteile Herrn Bernhard Pohl von den FREIEN WÄHLERN das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Unsere Sicherheit wird nicht nur, aber auch am Hindukusch verteidigt" – diese Worte von Peter Struck überstrahlen die 20 Jahre, in denen insgesamt 160.000 Soldaten der Bundeswehr für uns in Afghanistan Dienst getan haben. 59 Menschen haben ihr Leben verloren, 35 davon im Einsatz. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage Danke. Ich danke all denjenigen, die unter Einsatz ihres Lebens in Afghanistan eine schwierige Mission verrichten mussten. Sie haben aber auch dazu beigetragen, dass wir heute eine andere Sicherheit haben, als dies vor 20 Jahren der Fall war.

Ich darf zu 9/11 zurückblenden. Am 11. September 2001 wurde der Anschlag von al-Qaida auf die Twin Towers in New York verübt. Genau zweieinhalb Jahre später, am 11. März 2004, gab es den Anschlag auf den U-Bahn-Zug in Madrid. Dieser muss mutmaßlich auch al-Qaida zugeschrieben werden; zumindest hat sich al-Qaida dazu bekannt. An jenem Abend war ich selber in Madrid. Am Abend vorher hat ein Champions-League-Spiel von Real Madrid gegen Bayern München stattgefunden. Nicht auszudenken, was passiert wäre, wenn das Stadion in die Luft gesprengt worden wäre. Ich war selber in Madrid und kann mich noch gut an den Morgen erinnern. Jede Viertelstunde erhöhte sich die Zahl der Toten. Es gab Sirenen, es gab Hilfskräfte. Es herrschte buchstäblich Chaos, und wir hatten alle Angst. Diese Angst verschwand nicht von heute auf morgen. Wir waren weltweit, auch in Deutschland, mit einer Bedrohung konfrontiert, die wir uns nicht hätten ausmalen können.

Selbstverständlich steckt das Leben voller Herausforderungen. Das Leben ist nicht nur schön. Tagtäglich gibt es Krisen und Herausforderungen, die wir zu meistern haben. Gestern haben wir über die Hochwasserereignisse diskutiert. Wir haben eineinhalb Jahre damit gerungen, wie wir mit der Bedrohung durch COVID-19 umgehen.

Die Bedrohung durch Terroristen, die Taliban, haben wir auch dank des Einsatzes der Männer und Frauen in Afghanistan bewältigt. Dafür spreche ich noch einmal seitens des Hohen Hauses meinen ganz herzlichen Dank aus.

(Beifall)

Mein ganz herzlicher Dank gilt auch denen, die in politischer Verantwortung die Grundlagen hierfür gelegt haben. Es gibt immer wieder einmal Kritik am politischen Handeln. An dieser Stelle haben deutsche Politiker sehr verantwortungsbewusst und gut gehandelt. Das Ergebnis des Einsatzes ist nicht nur positiv. Für unsere Sicherheit kann ich jedoch uneingeschränkt Ja zum Einsatz sagen.

Wir sollten aber auch die Ortshelfer nicht vergessen, die sich unter Einsatz ihres Lebens – die Lebensgefahr besteht fort – an unsere Seite gestellt haben. Deshalb müs-

sen wir schnelle und unbürokratische Hilfe bei der Ausreise leisten. Wir müssen dafür sorgen, dass sie zu uns kommen und bei uns Zuflucht finden können. Das ist wichtiger denn je.

(Beifall)

Lassen Sie mich noch einen Satz zum nachgezogenen AfD-Antrag sagen. Im Ziel sind wir uns einig. Die Verlagerung des Ehrenmals der gefallenen Soldaten erschließt sich mir ehrlich gesagt nicht. Stellen Sie diesen Antrag im Deutschen Bundestag. Wir sollten uns auf das beschränken, was die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU auf den Weg gebracht haben. Schließen Sie sich der Resolution, dem Beschlussvorschlag, an! Ich glaube, das ist ein gutes Signal der Geschlossenheit.

(Beifall)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Pohl, es liegt eine Zwischenbemerkung vor. Hierzu erteile ich dem Abgeordneten Uli Henkel von der AfD-Fraktion das Wort.

Uli Henkel (AfD): Herr Kollege Pohl, Sie haben gerade Peter Struck zitiert. Ich frage Sie: Sind Sie wirklich der Meinung, dass die Sicherheit, also unsere Sicherheit, die Sicherheit Deutschlands, auch am Hindukusch verteidigt wird? – Das ist das Erste.

Zweitens frage ich Sie: Behaupten Sie wirklich weiterhin, dass sich durch diesen Einsatz die Situation in der Welt im Allgemeinen und für Deutschland im Besonderen verbessert hat? Stehen Sie wirklich dazu? Glauben Sie das wirklich?

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Kollege Henkel, uneingeschränkt Ja.

(Beifall)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege Pohl. – Der nächste Redner ist für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Martin Böhm.

(Beifall bei der AfD)

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ist dieser anerkennenswerte Antrag nun Ausdruck Ihrer Wertschätzung oder werfen Sie ihn als wahltaktisches Tarnnetz über das Berliner Totalversagen in dieser Sache? – Jedenfalls haben Sie damit gegenüber den Kameradinnen und Kameraden im Einsatz wesentlich mehr Haltung gezeigt, als es die Kanzlerdarstellerin in 16 Jahren ihrer Amtszeit zu zeigen in der Lage war.

(Beifall bei der AfD)

Dafür danke ich Ihnen auch im Namen unserer Fraktion ganz ausdrücklich.

Allerdings fehlen in Ihrem Antrag drei entscheidende Elemente. Erstens sollen der Appell und der Große Zapfenstreich öffentlich auf dem Platz der Republik stattfinden. Das Antreten der Kameraden hat genau dort zu erfolgen, wo das Parlament den Befehl zum Einsatz legitimierte. Keinesfalls darf dies in der Anonymität des Bendlerblocks geschehen. Dieses Detail unterschlägt Ihr Antrag.

Zweitens. Das Ehrenmal der gefallenen Kameraden, sehr verehrter Kollege Pohl, muss aus seinem bewussten Entzug der Öffentlichkeit – und darüber sprechen viele – innerhalb des Bendler-Areals endlich befreit werden, um auf dem Platz der Republik seine Würde zurückzuerlangen.

(Beifall bei der AfD)

Alle Bürger sollen täglich sehen, dass dort, fern der Heimat, 35 Männer ihr Leben im Kampf gaben und weitere starben, weil hier manche der Meinung waren, unsere Freiheit sei eher am Hindukusch als an den eigenen Grenzen zu verteidigen. Welcher Wahnsinn!

Aber was haben 20 Jahre Afghanistan außer 59 Toten nun wirklich gebracht? – Gut beschützte Opiumernte dort, Milliardenkosten hier. Hunderttausendfache Flucht dort und wiederum Milliardenkosten hier. Das ist die traurige Realität.

Was die 20 Jahre eben nicht gebracht haben, das ist Freiheit für unterdrückte Frauen, das Ende von patriarchalischer Unrechtsherrschaft und der Stopp des Exports islamistischen Terrorismus.

(Beifall bei der AfD)

Drittens. An dem Ehrenmal für die gefallenen Soldaten ist von Sonnenauf- bis Sonnenuntergang eine Ehrenwache zu postieren, so, wie es in jedem normalen Staat üblich ist. Diese Forderungen, die zugleich unseren nachgezogenen Antrag bereichern, mögen manch Ungedientem unter Ihnen, und das werden sehr wenige sein, lächerlich erscheinen. Die monatelangen Entbehrungen des Partners, der Familien, der Freunde sind eben nicht vom weichen Plenarsaalsessel aus, sondern nur aus der rauen Wirklichkeit des Einsatzes zu verstehen und zu beurteilen.

Den Soldatinnen und Soldaten ist die Erfüllung unserer Forderungen die höchste Form der Anerkennung ihres Mutes, ihrer Einsatzbereitschaft und schlussendlich ihrer persönlichen Aufopferungsbereitschaft. Dieser Anerkennung Ausdruck zu verleihen, ist Aufgabe der Parlamente. Somit ist es unser Auftrag. Stimmen Sie bitte dem Antrag der AfD-Fraktion zu.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter. – Nächste Rednerin ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete Anne Franke. Frau Kollegin Franke, Sie haben das Wort.

Anne Franke (GRÜNE): Danke, Herr Vizepräsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann es gleich vorweg sagen: Wir stimmen dem Antrag der FREIEN WÄHLER und der CSU zu. Dem Antrag der AfD können wir natürlich nicht zustimmen.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Sie dürfen am Rednerpult auch gerne Ihre Maske abnehmen.

Anne Franke (GRÜNE): Wie bitte?

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Sie dürfen auch gerne Ihre Maske abnehmen.

Anne Franke (GRÜNE): Entschuldigung. Danke.

(Abgeordnete Anne Franke (GRÜNE) setzt ihren Mund-Nasen-Schutz ab – Zuruf)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Man versteht Sie dann besser.

Anne Franke (GRÜNE): Ja, das ist gut.

Auch wir GRÜNEN sprechen allen Bundeswehrsoldatinnen und -soldaten, die in den letzten 20 Jahren in Afghanistan tätig geworden sind, großen Dank und tiefe Wertschätzung aus. Auch eine öffentliche Würdigung ist angemessen und völlig unstrittig.

Wir müssen aber darüber hinaus auch den zivilen Kräften, zum Beispiel den Polizistinnen und Polizisten sowie den Polizeiausbilderinnen und -ausbildern, die ihr Leben in gefährvollen Einsätzen riskiert haben, und auch allen zivilen Einsatzkräften, zum Beispiel des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze, der Entwicklungsorganisationen und der Ärzte ohne Grenzen, danken. Da gab es viele Einsätze, von denen gar nicht gesprochen wurde, die in der Presse kaum aufgetaucht sind. Und wir müssen natürlich all jenen gedenken, die ihr Leben dabei verloren haben.

Darüber hinaus müssen wir jetzt etwas tun. Wir dürfen Afghanistan nicht weiter der Gewalt überlassen, die jetzt dort an der Tagesordnung ist. Laut einem UN-Bericht wurden allein im ersten Quartal dieses Jahres über 570 Zivilistinnen und Zivilisten getötet, darunter viele Frauen und Kinder.

Kamal Safi ist ein Abgeordneter im afghanischen Parlament und Vertreter der Provinz Kundus. Er berichtet, dass Tausende Menschen wegen der Kämpfe vertrieben wurden

und jetzt unter schlimmsten Bedingungen leben. Allein in Kundus sind nach offiziellen Angaben 11.200 Familien vor den Kämpfen auf der Flucht. Das heißt, wir dürfen Afghanistan jetzt nicht sich selbst überlassen. Wir müssen jetzt mit zivilen Mitteln Afghanistan weiter unterstützen und schauen, dass wir Rechtsstaatlichkeit und demokratische Regierungsstrukturen implementieren können, dass wir die Korruption dort bekämpfen können. Wir müssen jetzt das machen, was die Amerikaner bei uns nach dem Zweiten Weltkrieg gemacht haben, nämlich versuchen, dort demokratische Strukturen zu implementieren.

(Beifall)

Wir brauchen eine Evaluation des 20-jährigen Einsatzes. Ziviles Konfliktmanagement in Afghanistan muss ganz oben auf der Agenda des neuen Bundestags stehen.

Ja, wir müssen uns auch um die Ortskräfte und die Helferinnen und Helfer vor Ort kümmern, die die deutschen Truppen und Entwicklungsorganisationen unterstützt haben. Wir GRÜNEN haben deshalb schon im April 2019 im Bundestag gefordert, sie nicht im Stich zu lassen und ihnen schnelle, großzügige Aufnahme zu gewähren. Dass Sie von FREIEN WÄHLERN und CSU sich jetzt nach dieser langen Zeit unserer Forderung anschließen, freut uns natürlich sehr.

Die Innenministerkonferenz hat im Juni beschlossen, Ortskräften die Aufnahme zuzusichern, sofern sie Bedrohungen geltend machen können. Geht es noch zynischer? Diese Regelung schließt unheimlich viele Menschen aus. Wie soll man Bedrohungen geltend machen, die vielleicht stattfinden? Das ist wirklich sehr zynisch. Die Regelung schließt auch all diejenigen afghanischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus, die für deutsche Subunternehmer im Auftrag der Bundeswehr tätig waren und die jetzt genauso durch die Taliban gefährdet sind.

Wir GRÜNEN fordern also unbürokratischen Schutz, eine zügige Aufnahme und die Ermöglichung von Gruppenverfahren für ehemalige Ortskräfte.

(Beifall)

Wir erwarten nach dem Beschluss dieses Antrags, dass sich die CSU innerhalb der Bundesregierung dafür auch wirklich stark macht.

(Beifall)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, es liegt eine Zwischenbemerkung vor. Hierzu erteile ich dem Abgeordneten Uli Henkel für die AfD-Fraktion das Wort.

Uli Henkel (AfD): Geschätzte Frau Kollegin Franke, ist Ihnen nicht klar, dass Ungläubige, als die wir dort gelten, in einem Land des Islam niemals weder für Frieden noch für zivile Strukturen oder für den Import von Demokratie sorgen können? Haben Sie nie Peter Scholl-Latour gelesen, der das ganz klar schon vor 30 Jahren so ausgedrückt hat? Wir sind unfähig, in diesen Ländern etwas zu bewirken, weil man sich von uns im Notfall nicht einmal helfen lassen möchte.

Ich bitte Sie, das wirklich zu verinnerlichen, wenn Sie solche Sätze sagen wie den, dass wir nach dem Abzug der Truppen nach 20 Jahren in einem auf sechs Monate befristeten Einsatz für zivilen Schutz und für Demokratieimport sorgen sollen. Das gelingt nicht, weil man das dort nicht von uns haben möchte. Das hat auch der Arabische Frühling gezeigt. Irgendwann muss es doch auch mal in der Landespolitik ankommen, dass die Welt eine andere ist als die, die man sich selbst backen möchte.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Anne Franke (GRÜNE): Herr Henkel, ich habe selbst Afghanen und Afghaninnen hier in Deutschland geholfen, und sie haben sehr wohl meine Hilfe angenommen, auch wenn Sie mich als ungläubig bezeichnen.

Es ist unsere Aufgabe und Pflicht, Kriege zu verhindern und dort zu helfen, wo Konflikte weiter existieren. Da sollten wir wirklich tun, was wir können. Das ist unsere Aufgabe.

(Beifall)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Frau Kollegin. – Nächste Rednerin ist für die SPD-Fraktion die Abgeordnete Alexandra Hiersemann. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Alexandra Hiersemann (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident. – Kolleginnen und Kollegen! Vorab: Wir stimmen dem Dringlichkeitsantrag der Regierungsfaktionen zu.

Natürlich soll der Landtag den Mitgliedern der Bundeswehr, die in Afghanistan ihr Leben riskiert haben – manche von ihnen haben es verloren –, Dank und allerhöchste Wertschätzung aussprechen. Hier sollten wir aber auch die Angehörigen einbeziehen, deren Leid noch lange bleiben wird und das wir nicht über kurzfristige Zeremonien vergessen dürfen.

Auch aus meiner Sicht hätten die Soldatinnen und Soldaten bei ihrer Rückkehr vor Kurzem mit Dank und Anerkennung offiziell begrüßt werden sollen. Den Streit über den Ort und den Rahmen des großen Appells empfand ich allerdings als unwürdig. Dasselbe gilt für den Antrag der AfD und die Redebeiträge dazu. Es ist gut, dass nun eine Entscheidung für den großen Appell am 31. August getroffen wurde.

Allerdings ist einiges zum dritten Absatz Ihres Antrags zu sagen. Selbstverständlich müssen wir diesen Menschen, den Ortshelferinnen und Ortshelfern in Afghanistan, unbürokratisch und schnell zur Ausreise verhelfen. Selbstverständlich ist es unsere Pflicht, denn diese Menschen haben für uns gearbeitet: Sie waren Sprachmittler, Köche, Gärtner, Mitarbeiter und haben sich und ihre Familien damit in allergrößte Lebensgefahr gebracht.

Zur pragmatischen und unbürokratischen Lösung müssen dann aber auch ihr Aufenthalt hier bei uns und dessen rechtliche Grundlagen beleuchtet werden. Dazu hatten wir im Ausschuss vor Kurzem eine höchst eindruckliche Petition: Elf ehemalige afghanische Ortskräfte, die zwischen 2014 und 2016 durch das Bundesprogramm nach Bayern gekommen sind, bitten darum, nun endlich von bayerischer Seite eine langfristige Perspektive zu erhalten. Tatsächlich haben sie nämlich immer noch keine Niederlassungserlaubnis, obwohl die dafür erforderlichen fünf Jahre schon vergangen sind.

Zunächst erhielten sie im Rahmen des Programms einen dreijährigen Aufenthaltstitel aus humanitären Gründen nach § 22 Absatz 2 des Aufenthaltsgesetzes. Sie lernten Deutsch auf dem Niveau B2 und sogar C1, sie integrierten sich und hatten Arbeitsstellen. Nach den ersten drei Jahren erhielten sie aber in Bayern nur noch eine Verlängerung um jeweils ein Jahr. Dies hat zur Folge, dass die Betroffenen Schwierigkeiten bei Miet- und Handyverträgen haben, ihre Arbeit verlieren oder erst gar keine finden, da der Aufenthaltsstatus ja nur für jeweils ein weiteres Jahr gesichert ist. Dies wiederum führt dazu, dass sie, falls sie keine Arbeit finden, nicht für ihren Lebensunterhalt sorgen können und infolge dessen keine Niederlassungserlaubnis erhalten, obwohl dies nach fünf Jahren möglich wäre. Nach Auskunft des Innenministeriums in der Ausschusssitzung am 7. Juli legt das Bundesinnenministerium den Zeitraum fest, um den verlängert wird. Bei humanitären Aufenthaltstiteln beträgt die absolute gesetzliche Obergrenze für die Verlängerung drei Jahre.

Wenn also nun der Antrag der Regierungsfractionen mit Recht auf die noch in Afghanistan befindlichen Ortskräfte verweist, mögen die Antragsteller über ihre Staatsregierung – ich bitte Herrn Staatsminister Herrmann auch ganz direkt und persönlich darum – auf die Ausländerbehörden einwirken, damit die Ortshelfer, die schon seit Jahren hier sind, und diejenigen, die noch kommen werden, längere Aufenthaltstitel als jeweils ein Jahr erhalten, wie es der Bund vorgesehen hat. Alles andere, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU und den FREIEN WÄHLERN, wäre sonst eher heuchlerisch.

(Beifall)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist für die FDP-Fraktion der Abgeordnete Albert Duin. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Albert Duin (FDP): Schönen guten Morgen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, guten Morgen, Herr Präsident! Dem Antrag der CSU werden wir auf alle Fälle zustimmen. Sie sehen mein Reservistenabzeichen. Ich war Reservist, ich war nicht in Afghanistan, aber ich kann gut nachvollziehen, was diese Leute dort vor Ort wohl geleistet haben.

Ich hoffe, dass der Einsatz trotz des chaotischen Rückzugs der Verbündeten aus Afghanistan langfristig etwas Gutes bewirkt hat, denn im Moment scheinen die vielen Erfolge der letzten 20 Jahre auf der Kippe zu stehen. Wenigstens eine Generation lang konnten die Menschen vor Ort in verhältnismäßiger Freiheit leben; selbst wenn es nur das war, haben wir das geschafft.

Vielleicht waren die Ziele, aus Afghanistan eine auch kulturell und zivilisatorisch westlich orientierte marktwirtschaftliche Demokratie zu machen, in der zur Verfügung stehenden Zeit zu ehrgeizig. Gleichwohl schulden wir unseren Soldaten und Soldatinnen all unseren Dank für ihren Einsatz.

(Beifall)

Jeder, der gedient hat, kennt § 7 des Soldatengesetzes "Grundpflicht des Soldaten": "Der Soldat hat die Pflicht, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen." Dieses Recht und diese Freiheit werden an vielen Orten der Welt bedroht. Jetzt denken wir gerade an Afghanistan, aber lasst uns Mali nicht vergessen, wo wir gerade erlebt haben, dass bei einem Attentat viele unserer Soldaten verletzt worden sind. Wir sind stolz auf alle Soldatinnen und Soldaten, die in den letzten 20 Jahren ihre Pflicht in Afghanistan er-

füllt und unsere Freiheit vor Ort wirklich verteidigt haben. Dafür gebühren wirklich jedem Respekt und Anerkennung.

Wir hätten uns allerdings auch gewünscht, dass die Ehrung nicht erst nach medialem und politischem Druck in dieser Form gelingt. Jetzt laufen wir einer Situation hinterher, die wir gleich am Anfang hätten haben müssen. Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee und verteidigt unsere Freiheit und unsere Grundwerte. Daher ist der Große Zapfenstreich direkt vor dem Reichstag wohl die angemessene Würdigung.

Wir gedenken der 59 gefallenen und verunglückten Bundeswehrsoldaten; Kollege Pohl hat bereits darauf hingewiesen. Sie haben mit ihrem eigenen Leben das höchste Opfer gebracht, und zwar für jeden von uns. Wir denken auch an die vielen Leute, die an Leib und Seele verwundet sind. Für sie einzustehen, so wie sie für uns in Afghanistan eingestanden haben, wird die dauerhafte Aufgabe für Politik und Gesellschaft sein.

Eine ähnliche Verantwortung wie für unsere Soldaten verbindet uns aber auch mit den afghanischen Ortskräften, ohne die der Einsatz kaum durchführbar gewesen wäre. Daher müssen wir jetzt großzügig handeln und diese Menschen vor der Rache der Taliban schützen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion der Abgeordnete Wolfgang Fackler. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Wolfgang Fackler (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die CSU-Landtagsfraktion hält es selbstverständlich für dringend erforderlich, dass unseren Soldatinnen und Soldaten ein deutliches Zeichen der Anerkennung und der Wertschätzung zuteilwird. Aus diesem Grund möchte ich mich im Namen der CSU-Landtagsfraktion bei allen Soldatinnen und Soldaten in Bayern, aber auch in

Deutschland recht herzlich für ihren selbstlosen und lebensgefährlichen Einsatz in Afghanistan bedanken.

Ich möchte aber auch die Gelegenheit nutzen und Dank für den Einsatz der Bundeswehr bei der Pandemiebekämpfung sowie ganz aktuell für ihre Hilfe bei den jüngsten Hochwasserereignissen in weiten Teilen Deutschlands sagen. Dieser Beitrag unserer Bundeswehr ist insgesamt nicht hoch genug zu schätzen. Unsere Bundeswehr ist unverzichtbar; sie leistet eine wichtige und wertvolle Arbeit im Sinne des Gemeinwohls. Deshalb hat es die Bundeswehr auch verdient, dass ein entsprechend großer Appell und eine öffentliche Würdigung in Berlin stattfinden werden.

(Beifall)

Nicht nur die Bundeswehr hat es verdient, sondern auch deren Familien, Angehörige, Partner, Kinder und Freunde, wie auch diejenigen, die bei ihrem Einsatz ihr Leben lassen mussten. Eine Kranzniederlegung und ein Appell im Bendlerblock in Berlin sowie ein Großer Zapfenstreich am Reichstagsgebäude sind aus unserer Sicht ein passender Abschluss, um die Leistungen zu würdigen und unsere Wertschätzung zum Ausdruck zu bringen. Das alles ist mit den Verantwortlichen abgestimmt, was Generalkommandeur Ansgar Meyer unlängst öffentlich bestätigt hat.

Anstatt irgendwelche fadenscheinigen Diskussionen über den Ort oder den angemessenen Rahmen zu führen, ist es doch viel entscheidender, dass eine Würdigung stattfindet. Der Große Zapfenstreich ist die höchste militärische Zeremonie. Eine groß angelegte Feier kann helfen, den oft beklagten Spalt zwischen Gesellschaft und Bundeswehr zumindest etwas zu verkleinern.

Unsere Soldatinnen und Soldaten zeigen für unser Land Flagge. Sie sind ein Teil unserer Sicherheitsarchitektur und sorgen für Freiheit und Frieden. Sie sind tragende Säulen unserer Gesellschaft und gehören auch in die Mitte unserer Gesellschaft. Deshalb war es aus meiner Sicht wichtig, dass unser Ministerpräsident Markus Söder die-

sen Einsatz bei der Verleihung der ersten Ehrenzeichen in dieser Woche so treffend als Heldenmut bezeichnete.

Ich möchte auch erwähnen, dass Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble vor einigen Tagen ebenso feststellte, dass es in unserer postheroischen Gesellschaft einen blinden Fleck zu geben scheint. Soldatinnen und Soldaten sind aber keine Streetworker in Uniform, sondern müssen kämpfen und notfalls mit allen Mitteln unser Land verteidigen.

Gerade in bestimmten Kreisen gibt es ideologische Blockaden und Vorbehalte, die tief in unsere Gesellschaft hineinreichen. Selbstverständlich muss die Bundeswehr von innen heraus stimmen, denn ein intaktes Innenleben sorgt für Vertrauen. Die Bundeswehr muss aber auch darauf vertrauen können, dass sie von der Bevölkerung, von unserer Gesellschaft volle Rückendeckung bekommt; nur so kann die Bundeswehr Verantwortung für unser Land tragen.

Wir von der CSU verstehen uns als Partner unserer Bundeswehr. Genau deshalb gibt es seit 36 Jahren auch einen eigenen CSU-Arbeitskreis Wehrpolitik hier im Bayerischen Landtag. Dies ist für uns auch Ausdruck einer staatsbürgerlichen Politik und ein Bekenntnis zur Bundeswehr, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Unsere Wertschätzung haben aber auch die afghanischen Ortshelferinnen und Ortshelfer verdient. Sie haben unsere Soldatinnen und Soldaten unterstützt. Deswegen ist es natürlich auch eine moralische Verpflichtung und eine strategische Notwendigkeit, dass wir diesen helfen. Wobei ich auch sage, die Gefährdungseinschätzung macht der Bund anhand von Fakten und der Lage vor Ort.

Nutzen wir also den Appell am 31. August und setzen als Gesellschaft ein Zeichen – nicht nur in Form von Dank und Anerkennung, sondern auch im Sinne von Rückendeckung – und sagen: Wir stehen zu unserer Bundeswehr, und wir stehen zu unseren

Soldatinnen und Soldaten. Wir stimmen selbstverständlich dem Antrag der Regierungsfractionen zu.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Dazu erteile ich dem Abgeordneten Martin Böhm für die AfD-Fraktion das Wort.

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Kollege Fackler, das von Ihnen gerade ausgesprochene Lob für die Kameradinnen und Kameraden teilen wir natürlich uneingeschränkt. Wenn Sie jedoch das Lob so formulieren, dann geht die dringende Bitte an Sie: Setzen Sie sich doch in Ihrer Landesgruppe der Bundestagsabgeordneten der CSU endlich dafür ein, dass die Bundeswehr auch zielgerichtet und zukunftsfähig mit Material ausgerüstet wird. Das ist etwas, was auch Ihre Landesgruppe im Bundestag ständig vernachlässigt. Da kann ich keine zielführenden Aktivitäten erkennen.

Zum Zweiten: Erklären Sie mir doch, wie ein Ehrenmal, das von der Öffentlichkeit abgeschirmt im Bendlerblock steht – ein normaler Bürger kann an diesem Ehrenmal nicht gedenken –, dem hohen Anspruch gerecht wird, dass wir der gefallenen, im Einsatz ums Leben gekommenen Soldaten wirklich würdig gedenken können. Ist die Anonymität des Bendlerblockes für Sie der richtige Rahmen, um würdig der gefallenen Kameraden zu gedenken?

Wolfgang Fackler (CSU): Meine sehr geehrten Damen und Herren, selbstverständlich ist es uns auch ein wichtiges Anliegen, dass die Bundeswehr personelle Verstärkung bekommt, aber auch, dass sie in materieller Hinsicht Verstärkung bekommt. Ich denke, die Kolleginnen und Kollegen im Deutschen Bundestag setzen sich auch dafür entsprechend ein. Von dem her ist das Thema bereits präsent und muss nicht extra noch einmal von uns hier vorgetragen werden, auch wenn wir als CSU-Arbeitskreis Wehrpolitik es natürlich immer wieder betonen und vorbringen.

Zum zweiten Punkt. Ich weiß zwar nicht, was Sie damit insgesamt genau bezwecken, ob Sie mit dem Thema Ehrenmal irgendwie und irgendwo auch plumpe Emotionen wecken wollen, aber ich denke: Die Verantwortlichen vor Ort wissen sehr wohl, was sie tun. Das muss auch beim Bund und im Verteidigungsministerium abgestimmt sein. Ich weiß nicht, ob Sie da irgendwelche anderen Hintergedanken haben. Bitte halten Sie Maß und Mitte. Das ist unser Anspruch, und den sollten auch Sie bitte beherzigen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Für die Bayerische Staatsregierung spricht jetzt Herr Innenminister Joachim Herrmann. Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gerade in diesen Tagen wird uns die herausragende Bedeutung unserer Soldatinnen und Soldaten für unser Land wieder sehr bewusst, auch an Stellen, wo wir das traditionell so vielleicht nicht erwartet hätten.

Ich denke an die schnelle und professionelle Unterstützung der Bundeswehr bei der Bekämpfung der Flutkatastrophe in Nordrhein-Westfalen, in Rheinland-Pfalz, auch bei uns in Bayern, im Berchtesgadener Land zum Beispiel, und in Sachsen. Ich denke auch an die letzten Monate, in denen der Einsatz unserer Soldatinnen und Soldaten bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie von großer Bedeutung war: durch den Sanitätsdienst der Bundeswehr, bei der personellen Unterstützung unserer Gesundheitsämter, bei der Transportlogistik, aber auch beim Schutz von Pflegeheimen usw. Ich denke auch an die Einheiten, die aktuell in Mali im Auslandseinsatz gegen den islamistischen Terror stehen. Sie mussten erst vor wenigen Tagen einen schrecklichen Selbstmordanschlag ertragen.

Unsere Soldatinnen und Soldaten stehen den Menschen in schwerster Not zur Seite. Sie dienen unserem Land, sie schützen unsere Heimat in der Tat auch an manchen Stellen fern der Heimat – so wie die insgesamt 160.000 Soldaten, die seit 2001 in Af-

ghanistan gedient haben. Ende Juni haben nun die letzten deutschen Truppen Afghanistan verlassen. Damit endet eine 20-jährige Mission. Es war ein langer, es war ein schwieriger, es war auch ein opferreicher Einsatz. Nicht vergessen werden soll, dass wir auch Polizistinnen und Polizisten zur Unterstützung und zur Ausbildung der afghanischen Kräfte, aber auch zivile Mitarbeiter dort hingeschickt haben.

Gedenken wir besonders der Opfer dieses Einsatzes: 59 Soldatinnen und Soldaten haben in Afghanistan ihr Leben gelassen. Ich erinnere mich zum Beispiel noch gut an den Februar 2011, als das Panzergrenadierbataillon 112 aus Regen drei Tote durch einen Selbstmordanschlag zu beklagen hatte. Ja, allen Gefallenen und ihren Angehörigen gilt unser tief empfundenes Mitgefühl. Den im Einsatz Verletzten, oft an Leib oder auch an der Seele Verletzten, wünschen wir, dass die Wunden möglichst rasch und möglichst vollständig heilen. Wir sind in Gedanken bei ihnen.

Es ist hier nicht der Ort und die Zeit, den Einsatz und seinen Erfolg umfassend zu bewerten. Bewerten können wir aber die großartige Leistung dieser Soldatinnen und Soldaten bei dieser herausfordernden Mission. Als Innenminister, aber auch als Reserveoffizier möchte ich allen Kameradinnen und Kameraden der Bundeswehr ein ganz herzliches Dankeschön sagen.

(Allgemeiner Beifall)

Wichtig ist auch: Die Bundesregierung hat eine hohe Verantwortung und Fürsorgepflicht gegenüber den einheimischen Ortskräften und ihren Familien. Das sind Menschen, die zum Teil über Jahre hinweg, auch unter Gefährdung ihrer eigenen Sicherheit, mit unseren Soldaten zusammengearbeitet und auch mitgekämpft haben. Sie waren die engsten Partner Deutschlands in diesem 20-jährigen Einsatz. Es ist das Gebot der Stunde, diejenigen zu schützen, die wegen der Unterstützung Deutschlands oder anderer NATO-Staaten in Gefahr geraten.

Daher bietet Deutschland jeder gefährdeten Ortskraft und ihrer Kernfamilie die Aufnahme in unserem Land an. Zuletzt hat der Bund die Gefährdungsbewertung, den

Kreis der geschützten Familienangehörigen und die Antragsfristen erweitert. Wir hatten uns hier einvernehmlich, auch seitens der Innenministerkonferenz, dafür eingesetzt. Auch die Bayerische Staatsregierung unterstützt dieses Programm. Bayern nimmt Ortskräfte auf und stellt Unterkünfte bereit. Allein in den letzten Wochen konnten rund 190 Menschen im Rahmen dieses Programms im Freistaat Schutz finden. Die humanitäre Verantwortung gegenüber den Ortskräften wird angenommen und muss angenommen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan ist zu Ende. Die Männer und Frauen der Bundeswehr können stolz auf ihre Leistung sein. Es steht dem Freistaat Bayern gut an, diesen Einsatz und die Leistung unserer Soldatinnen und Soldaten zu würdigen. Unser Ministerpräsident Dr. Markus Söder hat am 19. Juli, vor wenigen Tagen, in der Staatskanzlei fünf besonders verdiente Soldaten des letzten Afghanistan-Kontingents mit den ersten Ehrenzeichen für Verdienste im Auslandseinsatz ausgezeichnet. Es ist gut und richtig, dass der Abschluss des Einsatzes am 31. August nunmehr auch von den höchsten Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland mit einem Großen Zapfenstreich vor dem Reichstagsgebäude in Berlin geehrt wird. Für mich ist es auch ein Zeichen des Respekts vor den Toten des Afghanistan-Einsatzes, eine Ehrung am Ehrenmal für die Gefallenen der Bundeswehr am historischen Bendlerblock vorzunehmen.

Dass Sie von der AfD Probleme mit dem Bendlerblock haben, ist schlimm genug und leider typisch für Sie. Denn dieser Ort steht natürlich auch für die Erinnerung an den Widerstand mutiger Soldaten gegen das NS-Regime.

(Zurufe von der AfD)

Vorgestern waren es genau 77 Jahre, dass Stauffenberg dort hingerichtet wurde. Aber Teile der AfD wollen ja diese Erinnerungskultur in unserem Land nicht.

(Beifall)

Was die Erinnerungskultur und die Wertschätzung für unsere Soldatinnen und Soldaten, auch die Erinnerung an gefallene Soldatinnen und Soldaten betrifft, haben wir in Bayern schon seit Jahrzehnten und schon lange, bevor es die AfD gegeben hat, würdige Veranstaltungen durchgeführt, zum Beispiel jährlich am Volkstrauertag. Das Ehrenmal in der Landeshauptstadt im Hofgarten ist sozusagen direkt vor den Treppen der Staatskanzlei positioniert. Man kann daher wirklich nicht behaupten, dass dieser Standort nicht markant genug sei. Er ist jedem Bürger zugänglich. Ich freue mich, wenn all diejenigen, die noch mehr Gedenken für notwendig halten, sich das nächste Mal, am Volkstrauertag in diesem Jahr, entsprechend beteiligen.

Deshalb ist völlig klar, dass die Staatsregierung bittet, den Antrag der AfD-Fraktion abzulehnen. Ich danke den Regierungsfractionen für den vorliegenden Antrag und bitte das gesamte Hohe Haus um Unterstützung.

(Beifall)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion auf Drucksache 18/17274 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU und FDP. Gegenstimmen! – Das sind die AfD-Fraktion sowie der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Gibt es Stimmenthaltungen? – Dann ist dieser Dringlichkeitsantrag hiermit angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/17449 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die übrigen Fraktionen des Hauses. Stimmenthaltungen? – Stimmenthaltung des Abgeordneten Swoboda (fraktionslos). Dann ist dieser Dringlichkeitsantrag hiermit abgelehnt.